

Geschäftsführung
Ausschuss Schutz und Ordnung

Es informiert Sie	Gabriele Schmolke
Telefon (0202)	563 51 77
Fax (0202)	563 84 47
E-Mail	gabriele.schmolke@stadt.wuppertal.de
Datum	Dezember 1999

Niederschrift

über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses Schutz und Ordnung am 25.11.1999

unter dem Vorsitz von

Herrn BM Hackländer (CDU-Fraktion)

von der CDU-Fraktion

Herr Stv. Bartsch

Frau Stv. Krempel

Herr Stv. Pott

Herr Stv. Spiecker

Für Herrn Stv. Brakelmann

von der SPD-Fraktion

Herr Stv. Blume

Herr Stv. Emmert

Herr Stv. Hahn

Herr Hasenclever

Herr Stv. Izgi

Für Frau Stv. Neuschäfer

Beratendes Mitglied gem. § 58 I GO für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Siller

Von der FDP-Fraktion

Herr Kreis

von der Verwaltung

Herr Dr. Geissler

Frau Heil, Herr Mehler

Herr Kurth

Herr Dr. Henning

Herren Blätte, Brütsch, Frieß, Zander

Frau Meisch u. Herr Zander

Herr Fischer

Herr Stein

Geschäftsbereichsleiter

Ress. 301

Ress. 302

SB 303

SB 304

Personalrat

Geschäftsbüro

Ausländerbeauftragter

Als Gäste

Herr Dr. Flunkert und Frau Sprenger (Gebäudemanagement), Herr Stv. Engelmann, Herr Stv. Weigel, Herr Becker, Herr Schrahe, Frau von der Beeck

Als Schriftführer / in:

Frau Schmolke

Ress. 301.30

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Es liegen folgende Drucksachen (Anträge der SPD-Fraktion) zur Ergänzung der Tagesordnung vor:

- 7017/99: Einbürgerungskampagne
- 7018/99: Kirchenasyl
- 7019/99: Korzert: Stand des Rechtsverfahrens
- 7020/99: Planungsstand Freiwillige Feuerwehr Linde

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die o.a. Drucksachen wie folgt zu behandeln:

Drucks. 7019/99 u. 7020/99 als Ergänzung zu TOP 2, Drucks. 7018/99 als Ergänzung zu TOP 3 und Drucks. 7017/99 als Ergänzung zu TOP 4.

Die als Nachtrag zur Einladung versandte Drucks. 7016/99 (Vergaben beim Chem. Untersuchungsinstitut) wird als TOP 5. a) im nichtöffentlichen Teil behandelt.

1 Bestellung einer Schriftführerin und eines Vertreters

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 25.11.1999:

Als Schriftführerin wird Frau Schmolke und als Stellvertreter Herr Fischer bestellt.
Einstimmigkeit.

1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder

Vor der weiteren Abhandlung der Tagesordnung werden die Ausschussmitglieder Herr Uwe Kreis und Herr Kai-Rüdiger Becker (beide für die F.D.P.-Fraktion) von dem Vorsitzenden nach Verlesung der Verpflichtungsformel

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Gemeinde erfüllen werde.“

durch Handschlag verpflichtet.

2 Ergebnis der Standortuntersuchungen für den Neubau der Feuer- und Rettungswache 2, mündl. Bericht und Drucks. 7019/99 und 7020/99 Berichterstatter: Herr Blätte und Herr Dr. Flunkert

Herr Dr. Flunkert erläutert anhand von Folien, wie das vom Ausschuss beauftragte Projektteam zusammengesetzt worden sei und stellt die Ergebnisse der Standortuntersuchungen für die 15 in Betracht kommenden Standorte dar (die Folien sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt).

Von der Feuerwehr durchgeführte Testfahrten hätten ergeben, dass die Fahrzeiten zwischen beiden Standorten 1 bis 2 Minuten auseinander lägen. Für das Einsatzgebiet Hatzfeld gäbe es eine Überschreitung der

Toleranzgrenze (8 Minuten) von fast 2 Minuten sowie 2 Minuten Differenz für Fahrten in die Innenstadt. Es sei versucht worden, die Fahrstrecken in die Innenstadt optimaler zu gestalten, z. B. durch eine entgegen der Fahrtrichtung liegende Strecke durch die Straße Bockmühle, diese Versuche hätten jedoch keine Zeitersparnis ergeben, sondern längere Fahrzeiten.

Das Projektteam empfiehlt den Bau der Feuerwache auf dem Grundstück Waldeckstraße, vorbehaltlich des Kaufpreises und der Verhandlungen mit den WSW bezüglich des Restgrundstückes.

Herr Blätte führt zu den einsatztaktischen Überlegungen aus, dass 2 Minuten für die Feuerwehr eine sehr große Zeitspanne seien. Die Badische Straße liege am Rande des möglichen Standortgebietes. Aus einsatztaktischer Sicht favorisiere er den Standort Waldeckstraße.

Frau Siller bevorzugt das Grundstück Badische Straße. Das Grundstück Waldeckstraße müsse zu einem hohen Preis von den WSW erworben werden, und das Problem der Lärmbelästigung müsse geklärt werden.

Herr Hasenclever möchte Auskünfte zu der weiteren Verfahrensweise. Der heutige Kurzbericht sei nicht ausreichend. Die SPD-Fraktion wünsche weitergehende Informationen, vor allem zu dem Thema, was mit dem Standort Waldeckstraße über die Nutzung durch die Feuerwehr hinaus geschehe oder geplant sei.

Frau Siller schließt sich dem an. Es dürften nicht nur die Belange der Feuerwehr berücksichtigt werden, sondern auch stadtplanerische Aspekte. Dies müsse in einer Vorlage zusammengestellt werden.

Herr Spiecker kritisiert, dass das Thema jetzt seit 2 Jahren behandelt werde. Es gebe einen Ratsbeschluss, der das Grundstück Waldeckstraße priorisiere. Er möchte informiert werden, wer den Prüfauftrag für die Badische Straße erteilt habe und er bemängelt, dass jetzt erneut alle 15 Standorte geprüft worden seien. 2 Minuten Zeitunterschied seien für die Feuerwehr sehr wichtig. Außerdem habe die Feuerwehr nun ein Anrecht auf eine Entscheidung. Die CDU-Fraktion spreche sich eindeutig für den Standort Waldeckstraße aus.

Herr Dr. Flunkert führt aus, dass der Ausschuss beschlossen habe, ein Projektteam einzuberufen und diese Standorte zu prüfen, diesem Auftrag sei gefolgt worden.

Herr Dr. Geissler bestätigt, dass es einen Ratsbeschluss mit einer Priorität für das Grundstück Waldeckstraße gebe. Zu der Frage von Herrn Hasenclever führt er aus, dass es nicht Aufgabe der Feuerwehr und des Gebäudemanagements sei, Planungen für die Nutzung des Restgrundstückes zu erstellen. Der Zuschussantrag müsse bis zum 30.09.2000 bei der Bezirksregierung vorliegen. Um diesen Zeitrahmen einhalten zu können, sei bis Ende Januar 2000 ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan erforderlich, um die Planung einleiten zu können. Dies setze voraus, dass im Dezember die Grundsatzentscheidung über den Standort getroffen werden müsse.

Herr Hasenclever stellt fest, dass die Feuerwache auf jeden Fall gebaut werden solle. Er stelle sich kein Gesamtkonzept für die Nutzung des Grundstücks Waldeckstraße vor, sondern lediglich eine grobe Einschätzung, was mit dem Umfeld geschehe. Was geschehe z.B. mit dem Gaskessel? Werde er mitverkauft? Für den Stadtteil Heckinghausen sei ein schlüssiges Konzept erforderlich.

Herr Spiecker stimmt dem zu, dass ein städtebauliches Konzept wichtig sei. Der Bau der Feuerwache müsse jedoch Vorrang haben. Ein städtebauliches Konzept müsse in den dafür zuständigen Gremien entwickelt werden.

Herr Dr. Geissler fasst zusammen, dass die Frage beantwortet werden müsse, ob die Feuerwehr dorthin solle oder nicht. Wenn diese Frage mit Ja beantwortet werde, müsse sich ein städtebauliches Konzept an dieser Entscheidung orientieren. Hierfür sei jedoch nicht der Ausschuss Schutz und Ordnung zuständig.

Der Vorsitzende fasst die Wortmeldungen dahingehend zusammen, dass die SPD-Fraktion den Antrag an die Verwaltung stellt, eine Drucksache zu erstellen, die Informationen für die Bewertung und konzeptionelle mögliche Verwertung des Restgrundstückes Waldeckstraße beinhalte.

Herr Spiecker erklärt für die CDU-Fraktion, dass diesem Antrag zugestimmt werde, wenn die Drucksache so rechtzeitig zur Ratssitzung im Dezember fertiggestellt werde, dass die Fraktionen die Möglichkeit zur Beratung und Reaktion haben.

Von der Verwaltung wird signalisiert, dass ein Grobkonzept bis dahin erstellt werden könne.

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 25.11.1999:

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird zugestimmt.

Einstimmigkeit.

2.1 **Korzer: Stand des Rechtsverfahrens** **Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 7019/99)**

Herr Dr. Geissler berichtet, dass die Klage anhängig sei. Die Verwaltung habe Stellung genommen, es gebe jedoch noch keine Reaktion des Verwaltungsgerichtes. Die Rechtsabteilung der Verwaltung habe noch keine Mitteilung über eine Terminierung.

Je nach Ausgang des Verfahrens müsse auch damit gerechnet werden, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens in die Berufung gingen. Ein Verfahren vor dem Obergerverwaltungsgericht werde vermutlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Das Bauleitplanverfahren müsse jedoch unabhängig hiervon fortgeführt werden; auch hier müsse bis zum 30.09.2000 ein Zuschussantrag gestellt werden, der auf einer planungsrechtlichen Grundlage basiert. Den Ausschussmitgliedern würden neue Informationen/Ergebnisse bekanntgegeben. (Die zwischenzeitlich eingegangene Antwort des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 23.11.99

ist als Anlage beigelegt).

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 25.11.1999:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
Einstimmigkeit.

**2.2 Planungsstand Freiwillige Feuerwehr Linde
Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 7020/99)**

Herr Dr. Geissler führt aus, dass alle bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben seien und dass das Gebäudemanagement an der Planung arbeite. Ein vollständiger und prüffähiger Zuschussantrag an die Bezirksregierung sei bis zum 30.09.2000 möglich.

Eine Lageskizze über den Standort ist der Niederschrift beigelegt (Anlage 2)

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 25.11.1999:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

**3 Abschiebestopp und Bleiberecht für kurdische Familien und im Kirchenasyl
- Antrag der PDS-Ratsgruppe - (Drs. 1142/99)
Berichterstatte: Frau Heil**

Der Vorsitzende erteilt Frau von der Beeck von der Ratsgruppe der PDS das Wort für ein Statement.

Frau von der Beeck wünscht sich von den Ausschussmitgliedern eine menschliche und keine politische Entscheidung. Sie schildert die Probleme der Menschen im Kirchenasyl, z. B. bei der ärztlichen Versorgung oder der Versorgung mit Nahrungsmitteln. Ihr sei bewusst, dass eine Abschiebung nicht vermieden werden könne, aber sie hoffe auf eine Unterstützung für die Menschen, die sich hier engagierten.

Herr Izgi erläutert kurz die Drucksache 7018/99 seiner Fraktion und bittet um Beantwortung der Fragen.

Frau Siller führt aus, dass bei der Altfallregelung nicht nur der Stichtag maßgeblich sei, sondern auch ein Arbeitsplatz. Dies sei bei Menschen, die im Kirchenasyl lebten, kaum möglich. Sie bittet die Stadt, hier ein Signal zu setzen, ein menschliches Gesicht zu zeigen und sie unterstützt den Antrag der PDS.

Herr Spiecker stellt die Frage, ob das Kirchenasyl ein rechtsfreier Raum sei und ob es richtig sei, dass der Innenminister das Abschieberecht verstärkt in Anspruch nehmen werde, weil das Kirchenasyl sich so ausgeweitet habe.

Frau Heil erläutert, dass es bei dem PDS-Antrag nicht um eine rechtliche Würdigung gehe; gleichwohl stellt sie klar, dass es sich weder beim Kirchenasyl noch beim Wanderkirchenasyl um einen rechtsfreien Raum handele. Kirchenasyl sei ein Appell an staatliche Stellen, Einzelfälle noch einmal zu überprüfen, um möglicherweise zu einer anderen Entscheidung zu gelangen.

Wanderkirchenasyl sei eine politische Aktion für eine Vielzahl von Fällen, in denen z. B. ein generelles Bleiberecht für bestimmte Gruppen erreicht werden soll.

Für die Türkei sei festzustellen, dass es weder einen Abschiebestopp noch Abschiebungshindernisse noch Gruppenverfolgung gebe. Der aktuelle Lagebericht des Auswärtigen Amtes enthalte auch keine Hinweise, dass in die Türkei nicht abgeschoben werden könne. Abschiebungshindernisse würden im übrigen auch nicht durch die Ausländerbehörden festgestellt.

Auf die Fragen der SPD-Fraktion eingehend führt sie aus, dass die im Antrag angesprochenen Kirchenasylfälle bereits nach dem Erlass des Innenministers vom heutigen Tage („Bleiberecht für Asylbewerber mit langjährigem Aufenthalt“) geprüft worden sind. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass keiner der Kirchenasylfälle unter diese Regelung falle. In Wuppertal lebten ca. 2.500 geduldete Personen. Davon erfüllten allein den zeitlichen Anspruch auf ein Bleiberecht 127 Personen. Der Personenkreis, der möglicherweise einen erfolgreichen Antrag stellen könne, betrage etwa 20 Personen. Damit sei die Frage, ob Abschiebungen zulässig seien, beantwortet.

Herr Izgi unterstreicht, dass die SPD-Fraktion für diese Menschen moralisches und menschliches Mitgefühl habe, und er bedauert sehr, dass dieses Mitgefühl nicht umgesetzt werden könne, weil die Gesetzgebung dagegen spreche.

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 25.11.1999:

Dem Antrag der PDS-Ratsgruppe (Drucks. 1142/99) wird nicht zugestimmt.

Stimmenmehrheit bei 6 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen den Antrag
Stimmenthaltung der SPD-Fraktion.

3.1

Kirchenasyl Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 7018/99)

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 25.11.1999:

Der mündliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.
Die Antworten zu den Fragen aus der Drucks. 7018/99 werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

**4 Einbürgerung 2000 - Sachstandsbericht -
Berichterstatte(r)in: Frau Heil**

Frau Heil berichtet, dass die Einbürgerungskampagne erfolgreich gewesen sei. Es hätten drei ABM-Vollzeitkräfte zur Verfügung gestanden. In den 1 ½ Jahren, in denen die Kampagne durchgeführt worden sei, hätten 1.884 Beratungsgespräche stattgefunden, von denen 3.151 Personen betroffen waren. Weiter seien 62 Veranstaltungen durchgeführt worden, bei denen 2.465 Personen erreicht wurden. Eine Info-Broschüre mit einer Auflage von 10.000 Stück habe nahezu restlos verteilt werden können. Die Kampagne habe den Sinn gehabt, über die Bedingungen zur Einbürgerung zu informieren. Wieviele sich aufgrund der Info-Kampagne einbürgern lassen werden, müsse abgewartet werden.

Frau Heil trägt nunmehr die aktuellen Zahlen zu Anträgen auf Einbürgerung sowie Anzahl der abgeschlossenen Einbürgerungen vor (s. Anlagen).

Ab 01.01.2000 werde ein Ansturm von Anträgen aufgrund des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes erwartet. Anhaltspunkte hierfür seien die Informations-Kampagne, die öffentliche Diskussion um das neue Staatsangehörigkeitsrecht und die gestiegenen Nachfragen. Im Dezember finde noch eine Pressekonferenz statt, mit der auch versucht werden solle, den Ansturm zu steuern. Es werde allein mit ca. 8.000 anspruchsberechtigten Kindern gerechnet, die am 01.01.2000 noch keine 10 Jahre alt sind. Bei der Verkürzung der Mindestaufenthaltssdauer von 15 auf 8 Jahre könnten es - vorsichtig geschätzt - ca. 8.800 Anspruchsberechtigte sein.

Zur Bewältigung dieser Anträge würden zum 01.01.2000 sechs neue Stellen eingerichtet, vier bei der Einbürgerung und zwei bei der Ausländerbehörde.

Wenn festgestellt werde, dass die Anträge nicht mehr zeitgerecht bearbeitet werden könnten, sei eine weitere personelle Nachsteuerung vorgesehen.

Herr Hasenclever führt aus, dass 1997 in einer Drucksache der Ist-Zustand mit ca. 54.000 Ausländern angegeben worden sei, von denen 30.000 die zeitlichen Voraussetzungen zur Einbürgerung erfüllt hätten. Er fragt, ob sich diese Zahlen zwischenzeitlich verändert hätten und ob diese Drucksache im nächsten Jahr fortgeschrieben werden könne.

Frau Heil erklärt, dass 1997 die Zahl von 30.000 grob geschätzt worden sei. Auch heute seien nur Schätzungen möglich, da es keine Statistiken über Ausländer gebe, die Voraussetzungen für einen Einbürgerungsanspruch erfüllten. An der Zahl 54.000 habe es keine wesentlichen Veränderungen gegeben.

Herr Bartsch stellt die Frage, wie die prozentuale Steigerung bei der Einbürgerung aussehe.

Frau Heil verweist auf die zuvor zitierten Zahlen, die selbstverständlich dem Protokoll (als Anlage 3) beigelegt wurden. Danach sei die größte

Steigerung von 1997 auf 1998 festzustellen (rd. 85 %).

Herr Izgi betont, dass die Kampagne das Ziel habe, Menschen über ihre Rechte zu informieren. Die Beratungen, die Broschüre und die Info-Veranstaltungen seien eine gute Aktion gewesen, die möglichst weitergeführt werden solle.

Auch Frau Siller hält eine Fortführung für sinnvoll und notwendig.

Frau Heil weist in diesem Zusammenhang auf die ausliegende Broschüre zur Einbürgerung hin, die u. a. vom Bundesinnenminister herausgegeben worden sei und in ausreichender Zahl für alle Interessierten zur Verfügung stünde.

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 25.11.1999:

Der mündliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

4.1 Einbürgerungskampagne
Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 7017/99)

Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 25.11.1999:

Die Antworten zu den Fragen aus der Drucks. 7017/99 werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

BM Hackländer
Vorsitzender

Dr. Geissler
Geschäftsbereichsleiter

Hasenclever
SPD-Fraktion

Schmolke
Schriftführerin